

Befragung im INSA-Meinungstrend

(37. – 38. KW 2017)



Feldzeit:

15.09. – 18.09.2017

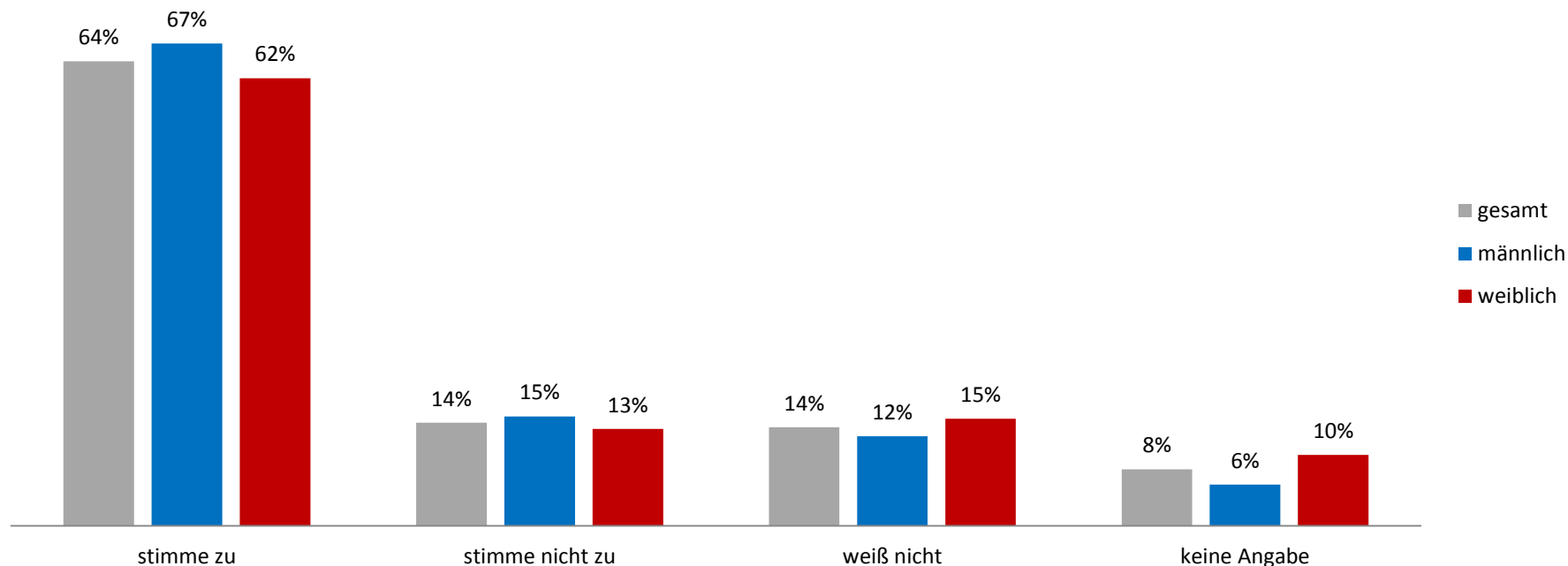
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

Stichprobe:

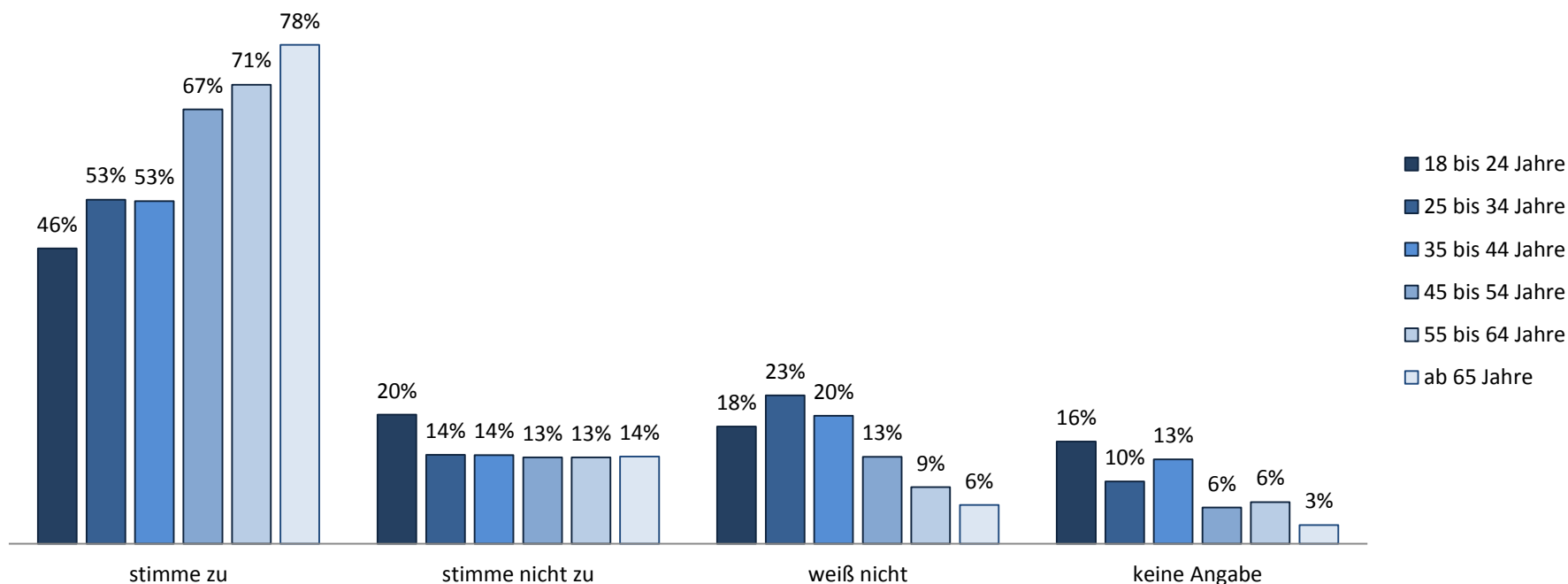
2.042 Personen aus ganz Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Der zukünftigen Entwicklung des Rentensystems wurde von den Parteien im Wahlkampf zu wenig Bedeutung beigemessen.



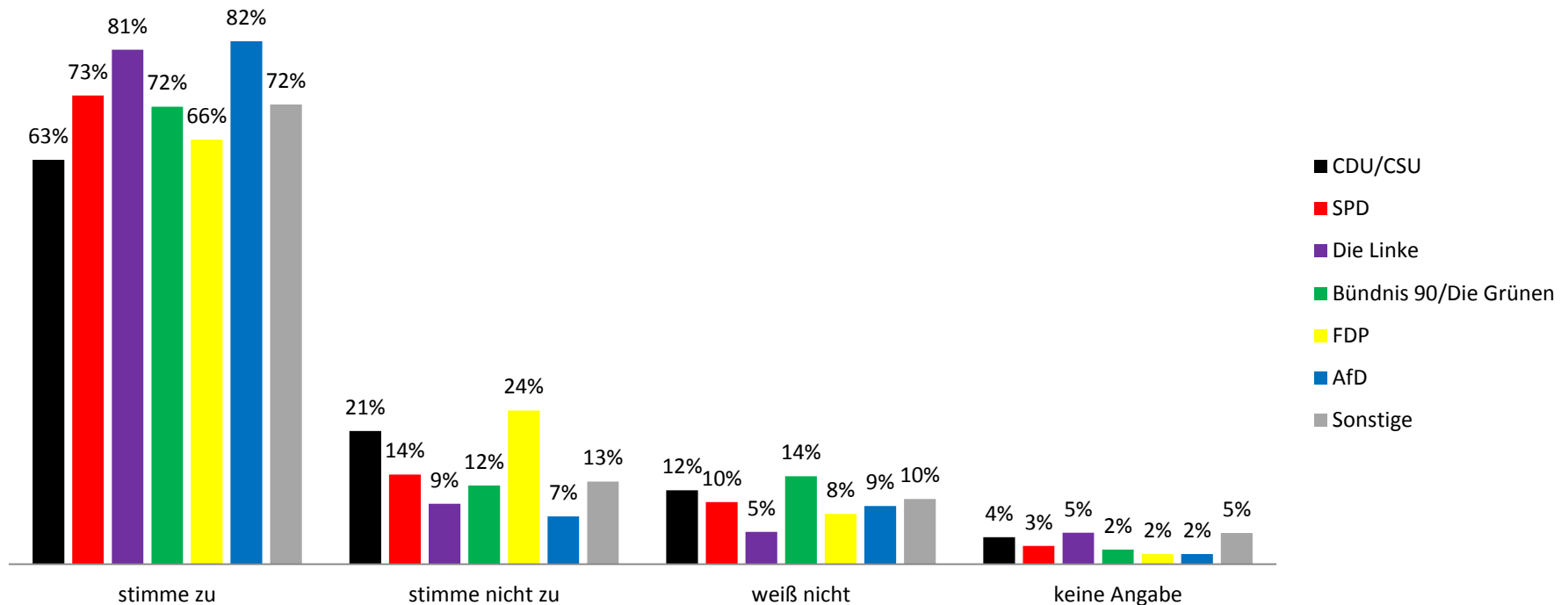
Knapp zwei Drittel der Befragten (64 %) sind der Ansicht, dass der zukünftigen Entwicklung des Rentensystems im Wahlkampf zu wenig Bedeutung beigemessen wurde. Männer (67 %) unterstützen diese Ansicht etwas häufiger als Frauen (62 %). 14 Prozent der Befragten stimmen dieser Meinung nicht zu.

Der zukünftigen Entwicklung des Rentensystems wurde von den Parteien im Wahlkampf zu wenig Bedeutung beigemessen.



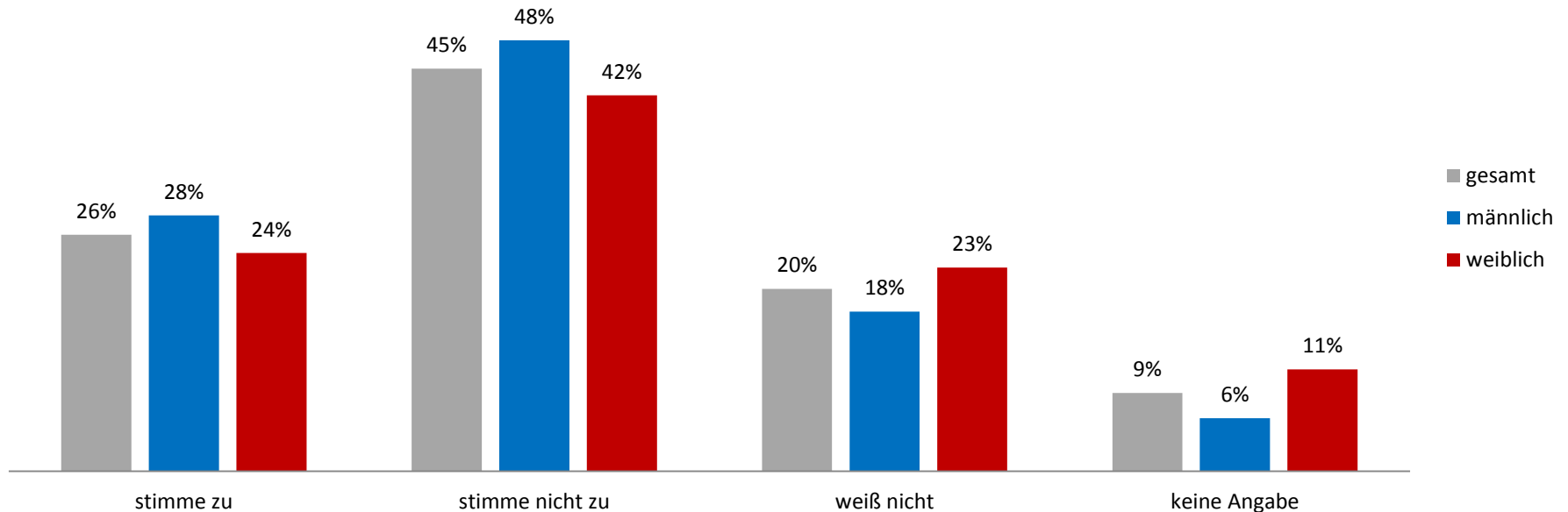
Mit zunehmendem Alter steigt die Zustimmung zur Aussage. Während nur 46 Prozent der Befragten unter 25 Jahren zustimmen, dass die Entwicklung des Rentensystems zu wenig im Wahlkampf thematisiert wurden, sagen dies 78 Prozent der Befragten über 65 Jahre.

Der zukünftigen Entwicklung des Rentensystems wurde von den Parteien im Wahlkampf zu wenig Bedeutung beigemessen.



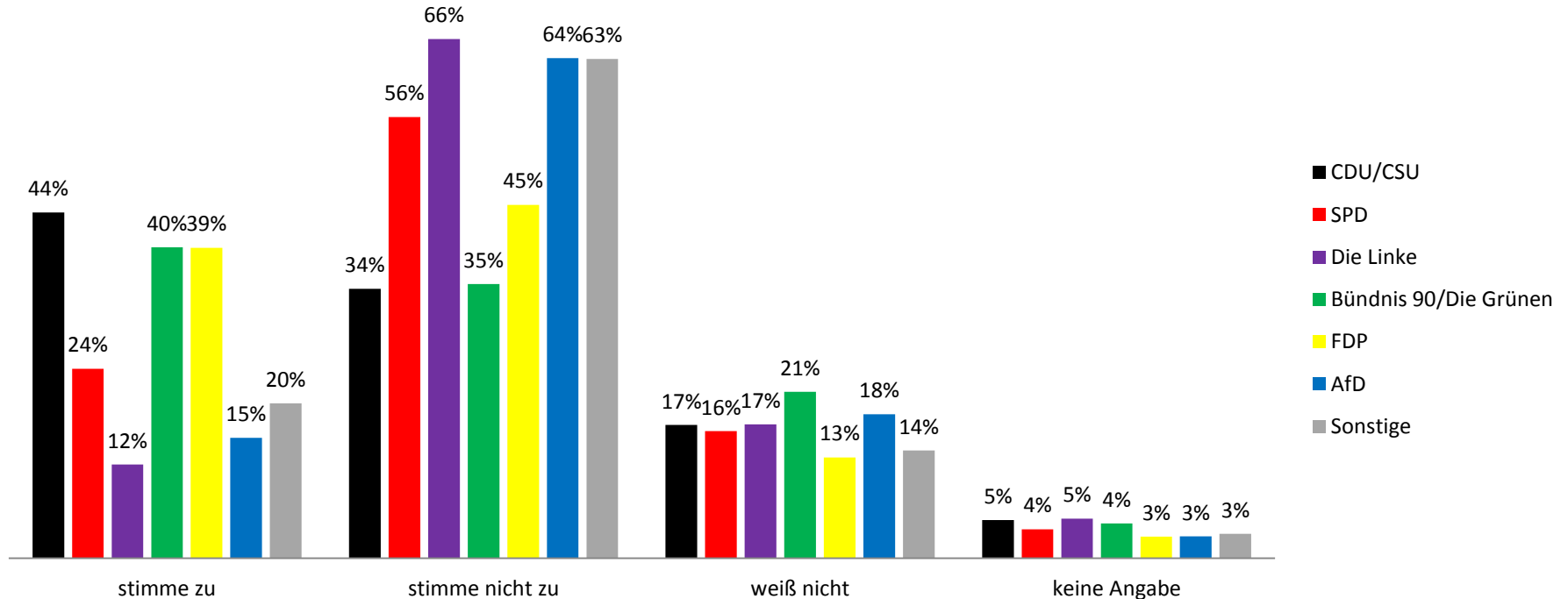
Vor allem die befragten Wähler von AfD (92 %) und Linkspartei (81 %) sind der Meinung, dass der Entwicklung des Rentensystems im Wahlkampf zu wenig Bedeutung beigemessen wurde. Am seltensten denken Wähler der CDU/CSU (63 %), dass der Rente zu wenig Beachtung im Wahlkampf geschenkt wurde.

Es ist gut, dass das Thema Rente den Wahlkampf nicht dominiert hat, weil Entscheidungen über das Rentensystem aufgrund der weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft über Parteigrenzen hinweg gefällt werden sollten.



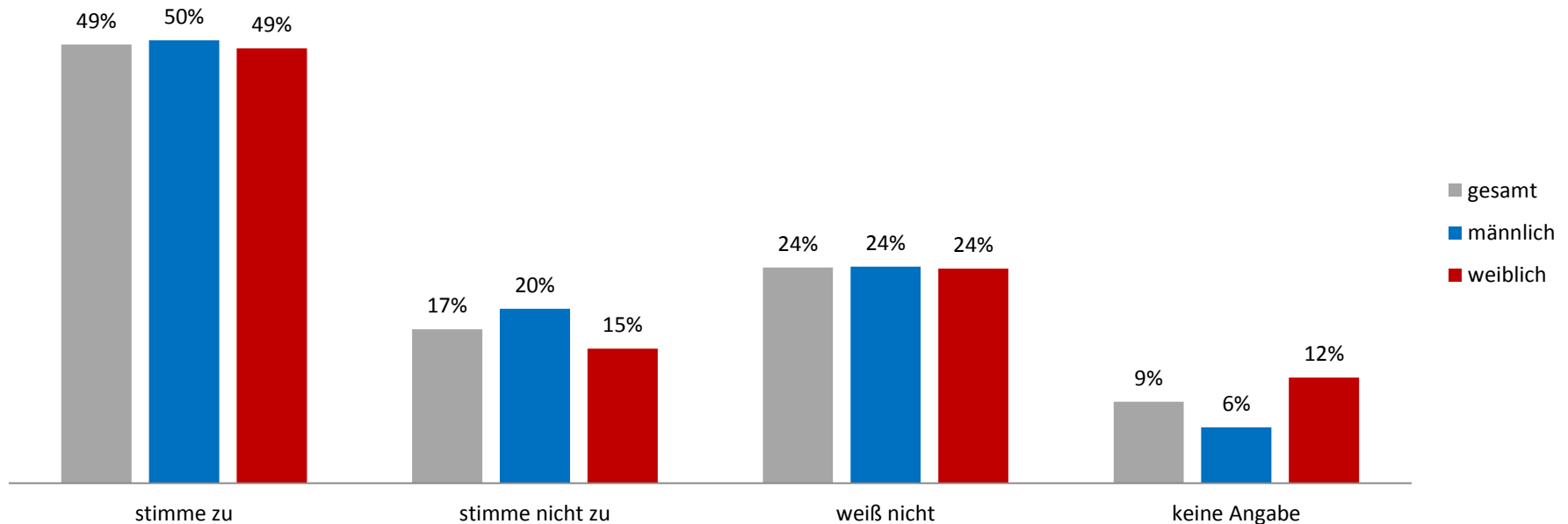
Während jeder vierte Befragte (26 %) es gut findet, dass das Thema Rente den Wahlkampf nicht dominiert hat, sind 45 Prozent der Befragten gegenteiliger Meinung. Jeder fünfte Befragte (20 %) weiß keine Antwort auf die Frage.

Es ist gut, dass das Thema Rente den Wahlkampf nicht dominiert hat, weil Entscheidungen über das Rentensystem aufgrund der weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft über Parteigrenzen hinweg gefällt werden sollten.



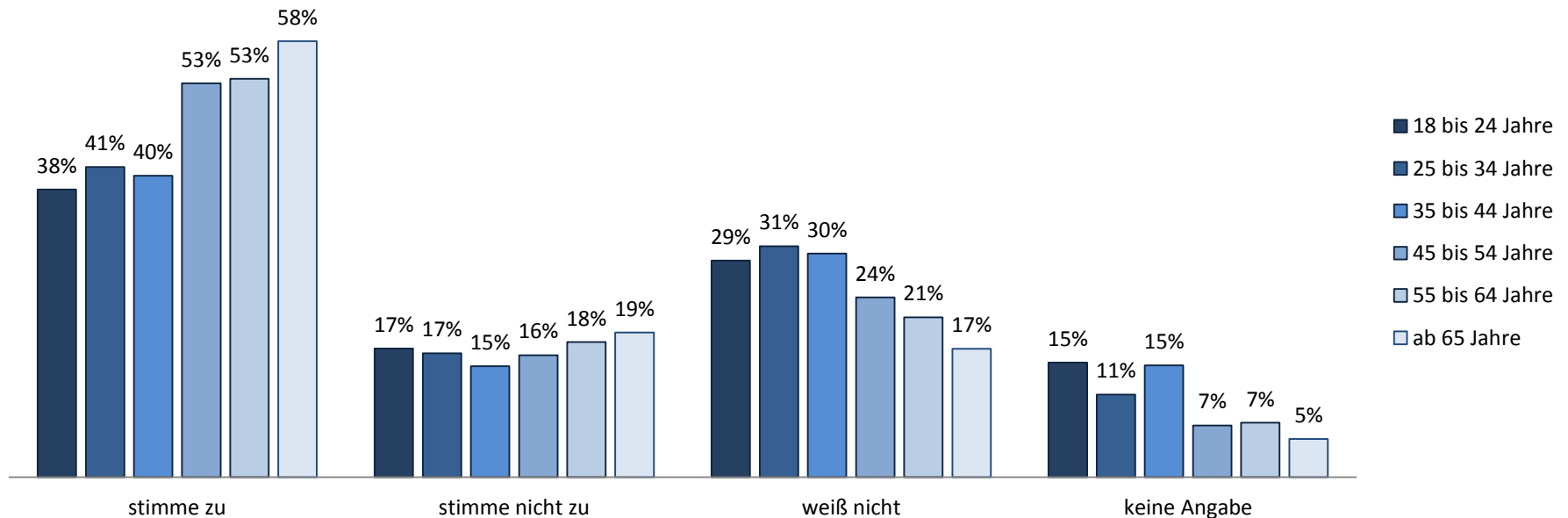
44 Prozent der Unionswähler sowie 40 Prozent der Grünen-Wähler und 39 Prozent der FDP-Wähler stimmen der Aussage zu. Am häufigsten lehnen Wähler der Linken (66 %) und der AfD (64 %) die Aussage ab. Auch mehr als jeder zweite SPD-Wähler (56 %) findet es schlecht, dass das Thema Rente den Wahlkampf nicht dominiert hat.

Meiner Meinung nach haben die Parteien im Wahlkampf Versprechungen zur Rentenpolitik gemacht, von denen jetzt schon abzusehen ist, dass sie nicht erfüllt werden können.



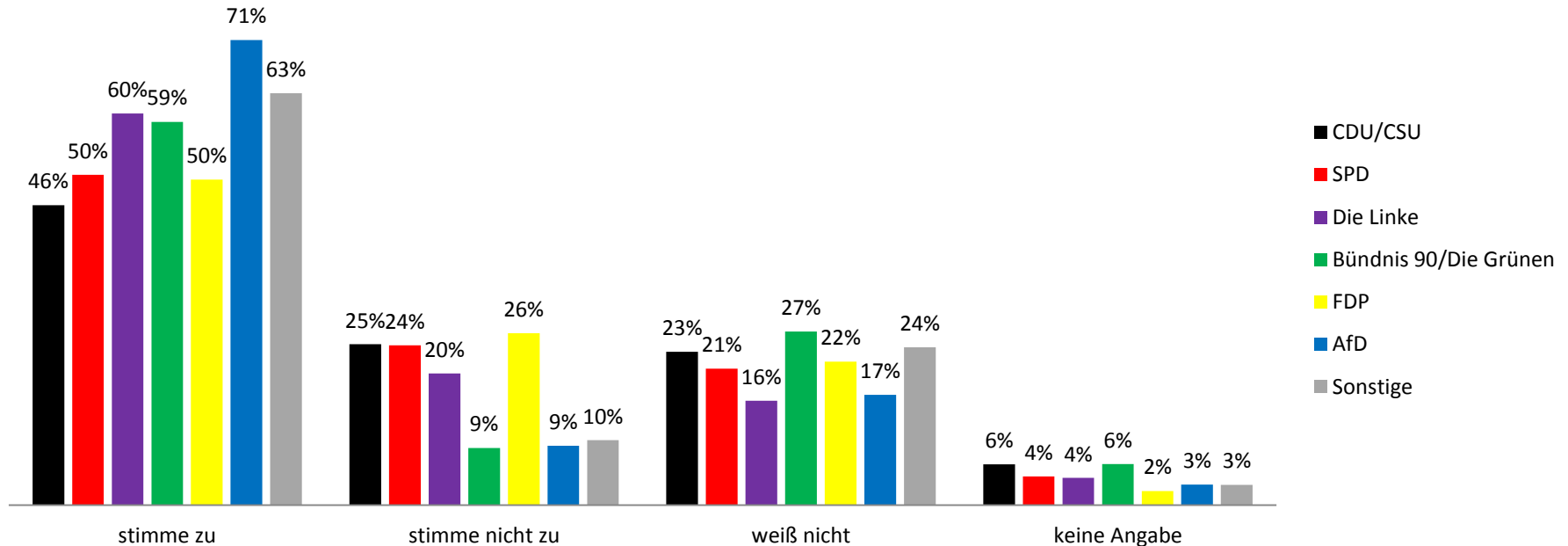
Jeder zweite Befragte (49 %) ist der Meinung, dass die Parteien im Wahlkampf Versprechungen zur Rentenpolitik gemacht haben, die nicht erfüllbar sind. Männer (50 %) und Frauen (49 %) teilen diese Ansicht gleichermaßen. 17 Prozent der Befragten stimmen dieser Meinung nicht zu, darunter mehr Männer (20 %) als Frauen (15 %). Knapp jeder vierte Befragte (24 %) weiß keine Antwort auf die Frage.

Meiner Meinung nach haben die Parteien im Wahlkampf Versprechungen zur Rentenpolitik gemacht, von denen jetzt schon abzusehen ist, dass sie nicht erfüllt werden können.



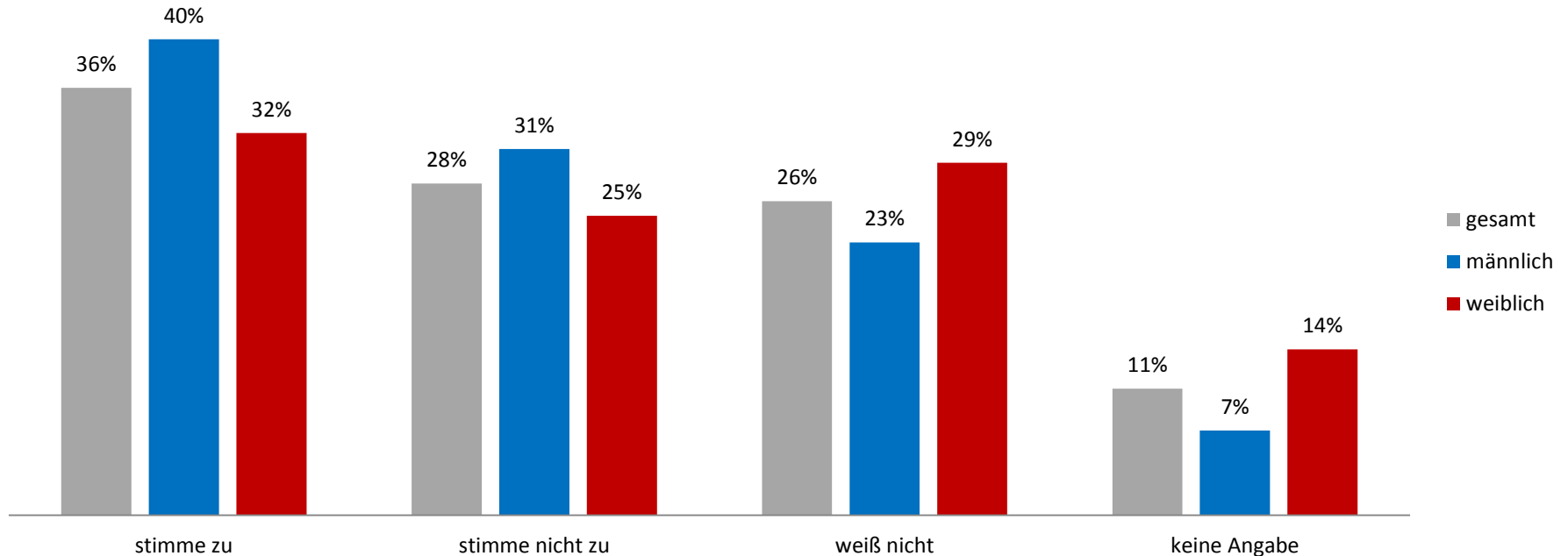
Blickt man auf das Alter der Befragten wird deutlich, dass vor allem die älteren Altersgruppen über 45 Jahre (53 %, 53 %, 58 %) der Ansicht sind, dass Versprechungen zur Rentenpolitik gemacht wurden, die nicht erfüllt werden können. Knapp ein Drittel der jungen Befragten unter 45 Jahre (29 %, 31 %, 30 %) weiß keine Antwort auf die Frage.

Meiner Meinung nach haben die Parteien im Wahlkampf Versprechungen zur Rentenpolitik gemacht, von denen jetzt schon abzusehen ist, dass sie nicht erfüllt werden können.



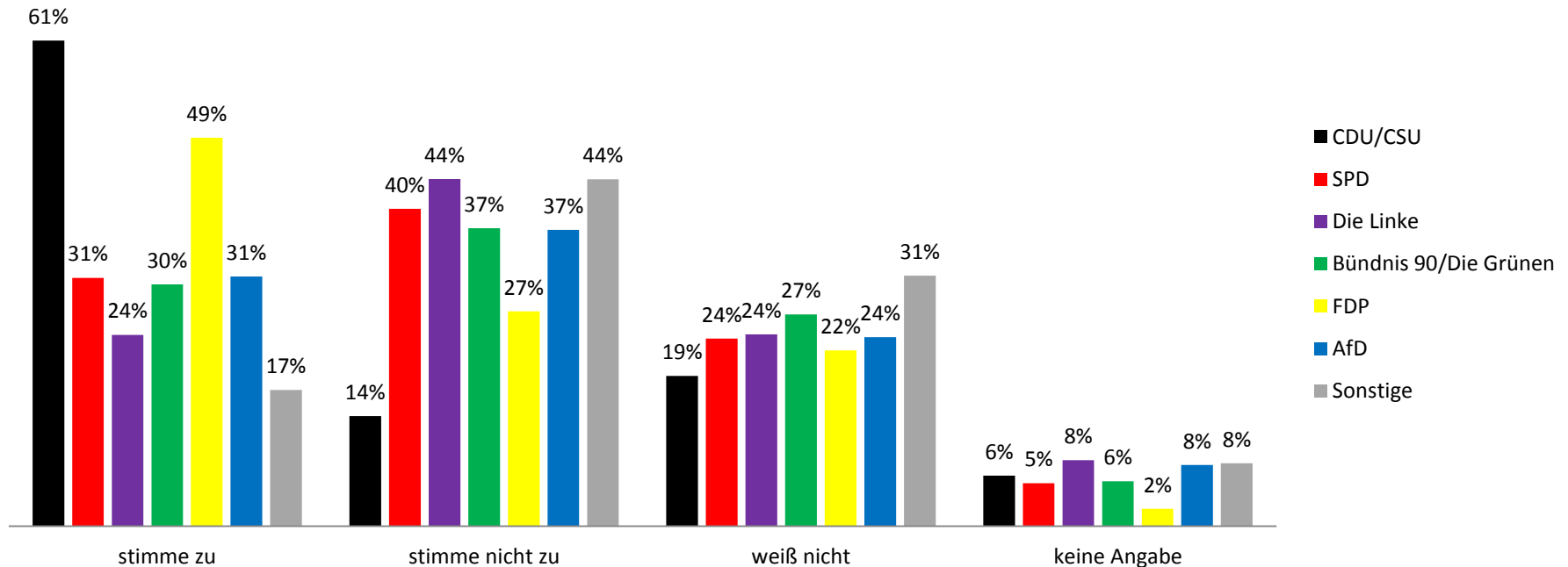
71 Prozent der AfD-Wähler denken, dass die Parteien im Wahlkampf Rentenversprechen gegeben haben, die sie nicht erfüllen können. Vor allem die Wähler der CDU/CSU (25 %), der SPD (24 %) und der FDP (26 %) sind gegenteiliger Meinung.

Es ist richtig, dass die CDU keine detaillierten Vorschläge zur Rentenpolitik gemacht hat, sondern erst die Vorschläge einer Expertenkommission abwarten will, die in der kommenden Legislaturperiode eingesetzt werden soll.



Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (36 %) stimmt zu, dass es richtig ist, dass die CDU keine detaillierten Vorschläge zur Rentenpolitik gemacht hat. Männer (40 %) sind häufiger dieser Ansicht als Frauen (32 %). Frauen (29 % zu 23 %) wissen insgesamt häufiger keine Antwort auf die Frage. 28 Prozent der Befragten finden es nicht richtig, dass die CDU keine detaillierten Vorschläge zur Rentenpolitik gemacht hat.

Es ist richtig, dass die CDU keine detaillierten Vorschläge zur Rentenpolitik gemacht hat, sondern erst die Vorschläge einer Expertenkommission abwarten will, die in der kommenden Legislaturperiode eingesetzt werden soll.



Insbesondere Wähler der CDU/CSU (61 %) finden es richtig, dass die CDU keine konkreten Vorschläge zur Rentenpolitik gemacht hat. Auch 49 Prozent der FDP-Wähler unterstützen diese Ansicht. Am häufigsten lehnen Wähler der Linken (44 %) und der SPD (40 %) die Aussage ab.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.